

Datum: 16.12.2016 Uhrzeit: 10:15-10:35 Zimmernummer: 14

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Jäger	SVH: Bernmobil schreibt im selektiven Verfahren den Ersatz von Kaffeemaschinen aus. 3 Gewichtungskriterien: Preis zu 50%, Es nehmen 4 Anbieter teil, A., B., C. und D. Der Zuschlag geht an A., 2. B., 3. C., 4. D. C. reicht fristgerecht Beschwerde ein. C. war preislich günstiger, sonst schlechter bewertet. Kann C. ein Rechtsmittel ergreifen?	Es gilt der Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Diese soll gesteigert werden und es sollen Einsparungen gemacht werden.
		Welche Besonderheiten gibt es bei der Beschaffung?	Es gibt 2 Phasen. Die Angebotsphase endet mit der Verfügung, wer den Zuschlag erhält. Daran schliesst das Vertragsabschlussverfahren an.
		Was muss besonders berücksichtigt werden?	Es gibt Grenzen für die Zulässigkeit zur Beschwerde (monetäre). Die Beschwerdefrist gegen die Verfügung beträgt 10 Tage. Die Kognition ist bereits eingeschränkt. Unangemessenheit wird nicht geprüft. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.
		Welche Rechtsbegehren formulieren Sie in Ihrer Beschwerdeantwort?	Ich verlange die Abweisung der Beschwerde unter Kosten- und Entschädigungsfolge.
		C. beantragt in seiner Beschwerde die Überprüfung der Sachlage. Was ist mit diesem Antrag?	Ich sehe nur, die Beschwerde abweisen zu lassen.
		Was ist mit dem Rang von C.?	C. fordert nur die Überprüfung der Sachlage. Er sagt nicht, dass er den Zuschlag haben möchte.
		Wo bestehen Probleme? Was ergibt sich evtl. aus dem VRPG?	C. stellt keine ordentlichen Rechtsbegehren. Dann müsste ich Nichteintreten verlangen und evtl. Abweisung.
		Der Zuschlag wird nicht beantragt. Geht das? Besteht ein Problem bei der Legitimation?	Die Zuschlagschancen von B. sind geringer als die von C. Er hat wohl keine Legitimation.
		Die aufschiebende Wirkung ist von C, nicht beantragt worden.	Dann kann ich Bernmobil raten, sie sollen mit den Vertragsverhandlungen fortfahren. Sie dürften auch den Vertrag abschliessen. Bei der Aufhebung der Verfügung würden sie allenfalls schadenersatzpflichtig.
		Sie sehen eine Liste mit den Rügen von C. Wie reagieren Sie jeweils? - es wurden ausserkantonale Anbieter berücksichtigt. - - C. sagt, er sei 20% günstiger als A. gewesen	Die Berücksichtigung ausserkantonalen Anbieter ist kein Problem. Sonst gäbe es allenfalls ein Problem mit der Diskriminierung. Bernmobil hat ein Gesamtpaket ausgeschrieben. Wichtig ist nicht nur der Preis. Dieser

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

- die technische und qualitative Leistung sei identisch

Insgesamt zielen die Rügen alle auf Unangemessenheit. Wir haben aber eine beschränkte Kognition der Beschwerdeinstanz.

ist nicht allein massgebend. Es gab mehrere Kriterien bei der Vergabe.

Dies würde ich bestreiten. C. behauptet das nur. Das Angebot des Siegers war besser

Datum: 16.12.2016 Uhrzeit: 10:35-10:55 Zimmernummer: 14

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Zuberbühler	SVH: Es gab eine Messerattacke beim Henkerbrünnli. Das Opfer stirbt einige Tage später im Spital. Was macht die Staatsanwaltschaft jetzt?	Es gibt kein Opfer mehr. Sie sollte Massnahmen zur Beweissicherung ergreifen. Zeugen für die Tat finden, die Tatwaffe.
		Bestehen Möglichkeiten für Angehörige?	Man muss prüfen, ob diese Parteistellung haben. Nach Art. 117 Abs. 4 StPO können sie Zivilkläger sein, wenn sie Zivilansprüche geltend machen.
		Warum nicht im Strafpunkt?	Das ist wohl ein Privileg des Opfers.
		Der Täter stirbt Monate später. Was hat dies für Auswirkungen?	Eventuell müsste die Einstellung verfügt werden. Dies richtet sich nach Art. 319 StPO. Es könnte ein Prozesshindernis sein.
		Was wäre, wenn gegen eine juristische Person ermittelt würde? Ist das überhaupt möglich?	Ja, gemäss Art. 112 StPO können juristische Personen verfolgt werden.
		Was ist, wenn die juristische Person im Handelsregister gelöscht wird?	Eine rechtsmissbräuchliche Löschung sollte nicht gehen. Eventuell muss man eine sichernde Massnahme anordnen, damit die Auflösung nicht zur Einstellung des Verfahrens führt.
		2. SVH: Sie vertreten eine Privatklägerschaft. Sie haben Anzeige gegen unbekannt wegen Urheberrechtsverletzung eingereicht. Es sind 531 mögliche iP-Adressen bekannt, von denen die Verletzung ausgegangen sein könnte. Sie beantragen nun die Identifikation dieser iP-Adressen. Die Staatsanwaltschaft verlangt von ihnen Beweisführungskosten in der Höhe von CHF 132'750.00, 250.00 pro Adresse. Was kann man machen?	Das ist ein faktischer Ausschluss des Beweismittels.
		Sind Beweiskostenvorschüsse im Strafverfahren zulässig?	Ja, bei Gutachten nach Art. 184 Abs. 7 StPO.
		Wie wird die Staatsanwaltschaft dies hier begründet haben. Ist ein Kostenvorschuss neben dem Gutachten noch woanders möglich?	Sie werden begründet haben, dass sonst sehr viele Kosten entstünden. Und sie könnten den Privatkläger auf das Zivilverfahren verweisen.
		Gibt es prozessuale Möglichkeiten?	Ja, die Beschwerde. Der Beweiskostenvorschuss ist eine Verfahrenshandlung.
		Sind abgewiesene Beweisanträge mit Beschwerde anfechtbar?	Ja.

Datum: 16.12.2016 Uhrzeit: 09:35-09:55 Zimmernummer: 14

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Markus A.	<p>SVH: Sie sind Rechtsanwalt einer Importeurin für Autos, z.B. der AMAG. Es wurde 1 Dieselfahrzeug verkauft, das nicht den Abgas-Standards entspricht. Der Käufer reklamiert nun. Was wird der Käufer rügen?</p> <p>Was würde er im Schlichtungsgesuch verlangen?</p> <p>Besteht ein Anspruch auf die Lieferung eines einwandfreien Fahrzeugs?</p> <p>Wie verhält es sich mit dem Schadenersatz, wenn der Käufer genau dieses Auto wollte?</p> <p>Sonst noch etwas?</p> <p>Wie sieht es mit den Fristen aus?</p> <p>Welche Möglichkeiten hat er dann?</p> <p>Wann ist er von der Wandelung ausgeschlossen?</p> <p>Wo wird die Grenze zwischen Wandelung und Minderung gezogen?</p> <p>Die Importeurin ärgert sich nun über die Wandelung. Sie haben das Fahrzeug nicht konstruiert. Der Hersteller sei Schuld. Wie kann ich auf prozessökonomische Weise den Anspruch gegen den Hersteller geltend machen?</p> <p>Welche Rechtswirkungen hat die?</p> <p>Angenommen die AMAG wird verurteilt. Was bedeutet das für den 2. Prozess?</p> <p>Was ist das für eine Wirkung?</p>	<p>Er könnte drohen, den Fall publik zu machen. Da wäre eine Rufschädigung möglich. Er könnte den einzelnen Kauf rügen.</p> <p>Die Feststellung der Schlechtlieferung. Er würde die Lieferung eines Fahrzeugs verlangen, das die Anforderungen erfüllt.</p> <p>m. E. müsste man Schlechtlieferung gestützt auf Art. 97 OR oder allenfalls Ansprüche aus Kaufrecht prüfen. Die Importeurin könnte allenfalls schadenersatzpflichtig werden.</p> <p>Dann müsste man die Rückabwicklung des Vertrags einleiten. Eine Nachlieferung wäre hier nicht möglich.</p> <p>Der Käufer könnte die Mängelrüge erheben.</p> <p>Der Käufer muss die Sache bei Erhalt prüfen. Hier ist der Käufer Privatkonsument. Er war also wohl nicht in der Lage, den Mangel selbst zu entdecken. Das wurde erst bei einer Prüfung festgestellt. Die Frist ist gewahrt, wenn er sofort nach Kenntnis des Mangels rügt.</p> <p>Er kann mindern.</p> <p>Er hat die Wahl nach Art. 205 OR.</p> <p>Es muss ein körperlicher/rechtlicher Mangel vorliegen.</p> <p>Mit der Streitverkündung im Verfahren gegen den Käufer.</p> <p>Es gibt einen mittelbaren Effekt zwischen Importeurin und Herstellerin. Es muss geschaut werden, ob die Erstellerin Versprechungen gemacht und an die Importeurin weitergeleitet hat?</p> <p>Die Wirkung geht auch gegen die intervenierende Partei. Es gibt keine Ausnahmen.</p> <p>Es ist wie eine vorfrageweise Klärung, z.B. der Fehlerhaftigkeit.</p>

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

		Wie sieht dann das Urteil aus?	<p>In den Prozess käme die Herstellerin mit der Streitverkündungsklage als Beklagte.</p> <p>Es gibt für alle ein Urteil.</p>
--	--	--------------------------------	--

Datum: 16.12.2016 Uhrzeit: 09:55-10:15 Zimmernummer: 14

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Giger	<p>SVH: Immergrün ist Eigentümer einer Liegenschaft. Er hat sie seit 20 Jahren im Eigentum. Er überträgt sie aus seinen Sohn. Der Verkehrswert beträgt 1,8 Million, die Hypothek 200.000, Gestehungskosten 500'000. Was fallen für Steuern an?</p> <p>Es handelt sich um eine Spezialeinkommenssteuer. Gibt es einen Unterschied, ob die Liegenschaft im Privat- oder im Geschäftsvermögen gehalten wird?</p> <p>Wie sieht das bei der Grundstücksgewinnsteuer aus</p> <p>Er veräussert jetzt an den Sohn. Wie wird der Grundgewinn ausgerechnet?</p> <p>Werden Verluste nur bei Händlern berücksichtigt?</p> <p>Der Sohn bekommt die Liegenschaft ohne Hypothek übertragen.</p> <p>Was sind die Folgen für den Erwerber?</p> <p>Wieso ist das evtl kritisch?</p> <p>Was ist wenn der Sohn die Hypothek übernimmt?</p> <p>Herr Immergrün schenkt unter Überbindung der Hypothek die Liegenschaft seiner Lebenspartnerin</p> <p>Es muss ein Erbvorbezug sein, also müsste</p>	<p>Beim Bund wäre dies ein steuerfreier Kapitalgewinn. Beim Kanton ebenfalls. Zu prüfen ist die Grundstücksgewinnsteuer (Art. 130). Diese wird ausgelöst bei Veräusserung, klassischerweise beim Verkauf. Das ist eine spezielle Veranlagung im Steuergesetz.</p> <p>Im Geschäftsvermögen gilt das Buchwertprinzip bei der Einkommenssteuer.</p> <p>Hier auch. Bern hat das monistische System.</p> <p>Der Verkehrswert beträgt 1,8 Millionen. Abgezogen wird die Hypothek von 200'000 und die Gestehungskosten von 500'000. Das ergibt einen Rohgewinn von 1,1 Millionen. Nach Art. 137 Abs. 1 wird die Hypothek nicht beim Rohgewinn berücksichtigt. Verluste werden nicht berücksichtigt. Dann hat er das Haus 20 Jahre gehalten. Damit darf er 20 x 2% abziehen, also 40%.</p> <p>Nein. Nach Art. 143 kann man Verluste in einer 3-Jahres-Periode mit dem Gewinn verrechnen. Ein Privater kann die auch berücksichtigen.</p> <p>Hier muss man prüfen, ob ein Aufschubtatbestand nach Art. 133 Abs. 1 vorliegt. Das ist zu bejahen.</p> <p>Bei einer Veräusserung nach weiteren 10 Jahren zum Verkehrswert von 1,8 Millionen, würden die 10 Jahre an die bisherigen 20 Jahre Eigentum angerechnet. Hier könnte man dann 60% abziehen, weil kein Besitzesunterbruch geschehen ist.</p> <p>Evtl. im Zusammenhang mit der Steuerharmonisierung.</p> <p>Dann muss ich prüfen, ob nach Art. 131 Abs. 3 immer noch eine Schenkung vorliegt und damit ein Steueraufschubtatbestand.</p> <p>Gemäss Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz gibt es hier keinen Steueraufschub.</p>

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

Immergrün seine Lebensgefährtin testamentarisch oder im Erbvertrag als Erbin einsetzen.

Immergrün behält sich jetzt die Nutzniessung vor. Gibt es dann einen Steueraufschub?

Das kommt vom ZivilR her. Ich kann das Recht aus Grundeigentum zurückbehalten. Hier ist die Nutzniessung keine Gegenleistung, weil nur nacktes Eigentum übertragen wird.

Grundsätzlich ja. Die gelten auch als unentgeltlich. Das ist eine Leistung nach Abs. 4